



Stadtratssitzung
Donnerstag, 15. Januar 2009, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 29 vom 6. November 2008)	---
2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2009	---
3. Budget- und Aufsichtskommission (BAK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	---
6a Agglomerationskommission (AKO): Ergänzungswahlen	---
7. Wahlen in Schulkommissionen (November 2008)	08.000015
8. Wahlen in Schulkommissionen (Dezember 2008)	08.000015
9. Dringliches Postulat Henri-Charles Beuchat (CVP): Sicherheitsprobleme spitzen sich zu - Todesfall vor der Reithalle (SUE: Nause)	08.000293
10. Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Asylunterkunft Hochfeldstrasse 44 a: menschenwürdige Zustände schaffen (SUE: Nause)	08.000374

Inhaltsverzeichnis	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.15 Uhr	3
Mitteilungen des interimistischen Vorsitzenden	4
Traktandenliste	4
1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 29 vom 6. November 2008)	4
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2009	4
3 Budget- und Aufsichtskommission (BAK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	8

4	Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	9
5	Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	9
6	Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums	10
6a	Agglomerationskommission AKO Ergänzungswahlen	10
7	Wahlen in Schulkommissionen (November 2008).....	10
8	Wahlen in Schulkommissionen (Dezember 2008).....	10
9	Dringliches Postulat Henri-Charles Beuchat (CVP): Sicherheitsprobleme spitzen sich zu – Todesfall vor der Reithalle	11
10	Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Asylunterkunft Hochfeldstrasse 44 a – menschenwürdige Zustände schaffen	17
	Eingänge	20

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 18.15 Uhr

Vorsitzend

1. Vizepräsident 2009 Urs Frieden
Präsident 2009 Ueli Haudenschild

Anwesend

Hans Peter Aeberhard	Thomas Göttin	Patrizia Mordini
Michael Aebersold	Claude Grosjean	Erik Mozsa
Cristina Anliker-Mansour	Beat Gubser	Philippe Müller
Rania Bahnan Büechi	Leyla Gül	Nadia Omar
Vinzenz Bartlome	Erich J. Hess	Stéphanie Penher
Giovanna Battagliero	Kurt Hirsbrunner	Pascal Rub
Thomas Begert	Beni Hirt	Hasim Sancar
Peter Bernasconi	Jimmy Hofer	Emine Sariaslan
Kathrin Bertschy	Natalie Imboden	Martin Schneider
Henri-Charles Beuchat	Mario Imhof	Rolf Schuler
Dieter Beyeler	Ueli Jaisli	Miriam Schwarz
Lea Bill	Stefan Jordi	Tanja Sollberger
Manfred Blaser	Ruedi Keller	Hasim Sönmez
Peter Bühler	Daniel Klausner	Barbara Streit-Stettler
Conradin Conzetti	Michael Köppli	Luzius Theiler
Rithy Chheng	Vania Kohli	Martin Trachsel
Philippe Cottagnoud	Peter Künzler	Aline Trede
Dolores Dana	Annette Lehmann	Gisela Vollmer
Bernhard Eicher	Edith Leibundgut	Nicola von Greyerz
Susanne Elsener	Anna Magdalena Linder	Peter Wasserfallen
Regula Fischer	Daniela Lutz-Beck	Béatrice Wertli
Andreas Flückiger	Ursula Marti	Thomas Weil
Jan Flückiger	Corinne Mathieu	Christoph Zimmerli
Jacqueline Gafner Wasem	Claudia Meier	Beat Zobrist
Simon Glauser	Christine Michel	

Entschuldigt

Anastasia Falkner	Anne Wegmüller	Rolf Zbinden
Claudia Kuster		

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD	Reto Nause SUE	Regula Rytz TVS
Barbara Hayoz FPI	Edith Olibet BSS	

Entschuldigt: -

Ratssekretariat

Jürg Stampfli, Ratssekretär	Beat Roschi, Ratsweibel
Annemarie Masswadeh, Protokoll	Hanni Reut, Telefondienst

Stadtkanzlei

Christa Hostettler

Mitteilungen des interimistischen Vorsitzenden

Der stellvertretende Vorsitzende *Urs Frieden*: Ich begrüße die Anwesenden zur ersten Sitzung im 2009 und zum Start in die neue Legislatur. Besonders begrüßen möchte ich Res Zysset, den Stadtratspräsidenten 2008, der bekanntlich nicht mehr zu den Wahlen angetreten ist und deshalb die heutige Sitzung nicht eröffnen kann.

Urs Frieden stellt die Neu Gewählten vor und heisst sie im Rat willkommen.

Vinzenz Bartlome, BDP	Claude Grosjean, parteilos	Claudia Meier, BDP
Thomas Begert, BDP	Leyla Gül, SP	Martin Schneider, parteilos
Kathrin Bertschy, GLP	Kurt Hirsbrunner, BDP	Tanja Sollberger, GLP
Rithy Chheng, SP	Jimy Hofer, parteilos	Aline Trede, GB
Philippe Cottagnoud, BDP	Daniel Klauser, GFL	Nicola von Greyerz, SP
Regula Fischer, GPB-DA	Michael Köppli, GLP	Peter Wasserfallen, SVP
Jan Flückiger, GLP	Vania Kohli, BDP	Béatrice Wertli, CVP

Traktandenliste

Der stellvertretende Vorsitzende *Urs Frieden*: Die Traktandenliste ist um das das Traktandum 6a, „Agglomerationskommission (AKO): Ergänzungswahlen“ zu ergänzen.

Weil heute die Anlage nicht eingeschaltet ist, werden wir provisorisch zwei Stimmzählerinnen/Stimmzähler wählen müssen, bevor es zur ordentlichen Bestellung des Büros kommt. Dies für den Fall, dass bereits vor diesem Traktandum eine Abstimmung erfolgt. Wir schlagen Jacqueline Gafner (FDP) und Corinne Mathieu (SP) vor.

Beschluss

Der Rat stimmt der Anpassung der Traktandenliste und der Wahl der zwei Stimmzählerinnen zu.

1 Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 29 vom 6. November 2008)

Das Protokoll Nr. 29 vom 6. November 2008 wird mit folgender Änderung genehmigt: Das Votum von Luzius Theiler (GPB) zu den Traktanden 6 und 7 auf Seite 1946 lautet neu wie folgt: **Frau Hayoz ist genau auf die kritischste Frage nicht eingegangen: Wem gehört eigentlich der Bärenpark? Nach dem Geschäftsbericht der StaBe vom letzten Jahr gehört der Bärenpark nicht den StaBe. Wann genau ist der Bärenpark den StaBe übertragen worden? Wenn der Bärenpark nicht den StaBe gehört, wurden wir umgangen.**

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2009

Wahl des Präsidiums

Beschluss

Als Ratspräsidenten für das Jahr 2009 wählt der Stadtrat einstimmig den von der Fraktion FDP vorgeschlagenen bisherigen 1. Vizepräsidenten Ueli Haudenschild.

Die Anwesenden gratulieren Ueli Haudenschild mit Applaus zu seiner Wahl.

Res Zysset (überreicht seinem Nachfolger ein Geschenk): Ich gratuliere Ueli Haudenschild ganz herzlich. Ich bin erfreut darüber, dass er so gut gewählt wurde. Er hat es verdient, er war ein sehr guter 1. Vizepräsident und er wird ein sehr guter Stadtratspräsident sein.

Möglicherweise wird er etwas müde sein, wenn er mein Geschenk eingelöst hat, ich habe ihm nämlich eine Portion Arbeit geschenkt: Ich habe ihn dazu eingeladen, einmal in der Lehrwerkstätte, in der ich tätig bin, mit unseren Lehrlingen arbeiten zu kommen, daran werden wir einen gemütlichen Teil anschliessen. Ich freue mich darauf, dass er, zusammen mit seiner Frau, die „Lädere“ besucht, die bis 2001 ein städtischer Betrieb war und die für unsere Jungen immer noch extrem wichtig ist.

Ich wünsche ihm und dem Stadtrat viel Glück und ein gutes Stadtratsjahr.

Der neu gewählte Ratspräsident *Ueli Haudenschild*: Es brauchte dreissig Jahre Politik, im Jungfreisinn, in der Schulkommission, im Stadtrat, in der Parteileitung, um jetzt hier vorne sitzen zu dürfen. Nota bene dreissig Jahre in der gleichen Partei, was heute ja keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Peter Richiger, ehemaliger kantonaler Parteipräsident der FDP, hat einmal gesagt, wenn man mit 80% der Parteientscheide einverstanden sei, sei man in der richtigen Partei. Eine Partei, die zu 100% meiner Meinung wäre, könnte nur meine eigene Partei sein und ich wäre vermutlich das einzige Mitglied. Ich habe das Privileg, für die FDP, in der ich bestimmt 80% der Entscheide mittragen kann, das höchste politische Amt der Stadt Bern einzunehmen und dies, obwohl mein Dialekt deutlich macht, dass ich nicht gebürtiger Stadtberner bin. Ich möchte der Partei und all denen, die mich unterstützt haben und bei denen ich in die politische Lehre gehen konnte, vor allem aber auch all denen, die mich heute auf Grund der neuen Zusammensetzung des Stadtrats vermutlich in Unkenntnis meiner Person sozusagen als „Katze im Sack“ gewählt haben, für das Vertrauen danken, das sie mir entgegenbringen. Ich werde mich so gut es geht für dieses Amt einsetzen und gerne auch Kritik entgegennehmen, wenn man etwas besser machen kann. Aus Kritik lernt man bekanntlich mehr als aus Lob. Das Mass in Bezug auf die Sitzungsleitung im Stadtrat ist durch die souveräne Tätigkeit meines Vorgängers im vergangenen Jahr allerdings sehr hoch angesetzt. Damit zur Frage nach dem Dialekt, der ein Jahr zu hören sein wird: Ich bin Berner, mit Heimatort Niederbipp. Durch meine Kindheit bin ich mit dem Kanton Appenzell-Ausserrhoden verbunden und der Dialekt ist ein Gemisch aus Sanktgallerischem und Appenzellerischem. Ich habe mich aber nie als St. Galler gefühlt, sondern eher als Appenzeller. Es war mir allerdings auch nie wirklich wichtig, ob ich mich als das Eine oder das Andere fühle, ich habe viel zu viel Zeit an verschiedenen Orten im Inland wie im Ausland verbracht, verschiedene Ideale und verschiedene Gesellschaftsformen kennen gelernt und kann mich deshalb in verschiedenen Landschaften, Städten und Ländern heimisch fühlen. Ich bin aber heute mit der Stadt Bern länger verbunden als mit irgendeiner anderen Landschaft. Und von der Tatsache, dass ich den Kanton Bern inzwischen auch kenne, können sich die, die noch nicht in meiner Ausstellung waren, am Aperitif im Anschluss an die heutige Sitzung überzeugen.

Warum mache ich seit 30 Jahren Politik? Weil ich überzeugt bin, dass wir ein Privileg haben, eines neben vielen anderen, das es zu verteidigen gilt, für das es sich einzusetzen lohnt: Das Privileg der persönlichen Freiheiten. Wir haben in der Schweiz bereits im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten eine extrem tiefe Regelungsdichte, auch wenn es natürlich noch weniger sein dürfte, wir haben extrem viel Gestaltungsfreiraum, unter anderem durch die direkte Demokratie, wir haben die grundsätzliche Möglichkeit in diesem Land, unser Leben selber zu gestalten und selber zu entscheiden, bewusst oder auch unbewusst. Wir können entscheiden, was wichtig ist und was im Vordergrund stehen soll. Ein sehr grosser Teil der Menschheit kann dies nicht, sei es auf Grund der finanziellen Gegebenheiten, weil der Kampf um das täg-

liche Leben im Vordergrund steht oder auf Grund der politischen Gegebenheiten, die die individuelle Lebensgestaltung nicht zulassen. Wir haben die Freiheit zu entscheiden, ob eine Karriere wichtig ist, ob eine Familie wichtig ist, ob ich eine gleichgeschlechtliche oder eine gemischtgeschlechtliche Partnerschaft eingehen will, ob ich ein gesichertes Einkommen haben will oder ob mir die künstlerische Freiheit wichtiger ist, ob die Religion in meinem Leben eine Rolle spielen soll, welche Literatur ich lesen will, welche Musik ich hören will. Freiheiten, die wir als selbstverständlich betrachten, Freiheiten, die vor weniger als 20 Jahren im Namen des Sozialismus in den osteuropäischen Staaten noch undenkbar waren. Freiheiten, die aber auch in der Schweiz vor 50 Jahren noch alles andere als selbstverständlich waren. Als Appenzeller erwähne ich dies nicht mit Stolz, aber das Frauenstimmrecht im Kanton Appenzell-Innerrhoden wurde per Bundesgerichtsurteil 1990 eingeführt. Das Konkubinatsverbot ist im Wallis 1995 gefallen und ein Partnerschaftsgesetz haben wir bekanntlich erst 2005 angenommen. Was wir heute in anderen Gesellschaften als mittelalterlich verurteilen, war in vielen Fällen bei uns vor wenigen Jahren noch gang und gäbe und die Versuche, die persönlichen Freiheiten wieder einzuschränken, sind leider nicht zu übersehen. Ich habe wenig Verständnis dafür, wenn man Menschen vorschreiben will, wie sie zu leben haben, was sie zu konsumieren haben, wie sie sich kleiden sollen. Im Zentrum des politischen Handelns steht darum für mich immer die Freiheit der eigenen Lebensgestaltung. Das bedingt, dass die Politik sich auf Vernunft abstützt, auf Sachlichkeit und auf das Vertrauen auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Politik aus Angst, Angst vor dem Neuen, Angst vor dem Fremden, aber auch Angst vor dem Zukünftigen sind schlechte Ratgeber, wenn wir eine freiheitliche Gesellschaft bewahren wollen. Mehr als alarmierend sind in diesem Zusammenhang Signale wie die Nicht-Einbürgerung von jungen, in der Schweiz aufgewachsenen Menschen nur auf Grund ihres Namens, das heisst ihrer Nationalität, was mit Vernunft und Sachlichkeit nicht begründet werden kann; mehr als alarmierend sind Aussagen einer PNOS, die die amtierende Miss Schweiz, Withney Toyloy, als „Geschwür, welches die freie, unabhängige Eidgenossenschaft am Auffressen ist“ bezeichnet. Ich orte Gefahr für die freie Schweiz eher in Organisationen wie einer PNOS. Mehr als alarmierend ist aber auch eine Minarettediskussion, wo es nicht um Angst vor architektonischem Wildwuchs geht, auch nicht um die Gefahr einer Islamisierung, sondern um die Angst, Veränderungen in der Gesellschaft sichtbar werden zu lassen und um die Angst, eigene Weltbilder hinterfragen zu müssen. Es geht um Angst vor Veränderungen, wenn man Fremde attackiert, wenn man Lebensformen nicht zulassen will, aber auch wenn man der Presse vorschreiben will, was sie schreiben darf und was nicht. Angst vor dem Verlust von Privilegien, Angst vor dem Verlust von Mehrheiten, Angst vor dem Verlust von Einfluss und Macht. Unsere Aufgabe als Stadträtinnen und Stadträte sollte nicht darin bestehen, Macht zu zementieren. Spätestens nach 12 Jahren Amtszeit sind wir ohnehin wieder weg aus diesem Saal, vielleicht zu höheren politischen Weihen berufen, aber meistens im politischen Ruhestand. Natürlich sind wir Interessensvertreter und auch als solche vom Volk gewählt. Trotzdem sind wir an demokratische und letztlich auch moralische Spielregeln gebunden. Und unter Moral verstehe ich nicht, wie wir uns im Rat kleiden, mit einem Kopftuch oder ohne, mit Krawatte oder ohne, in einer Uniform oder ohne, sondern wie wir unser Amt einsetzen. Die Tatsache, Mehrheiten zu besitzen, darf nicht dazu verleiten, sie zu Gunsten von Eigeninteressen zu missbrauchen. Wenn man bewährte Wettbewerbsregeln ignoriert, um für die eigenen Interessen Vorteile zu erlangen, werden demokratische Spielregeln verletzt, dann geht die Verlässlichkeit des politischen Handelns zugunsten der Willkür verloren. Es ist in der Verantwortung der jeweiligen Mehrheit im Rat, sich darüber Rechenschaft abzulegen, ob ein Verhalten, selbst wenn es rechtlich zulässig ist, auch moralisch verantwortet werden kann, das heisst, ob die Mehrheit es verstehen würde, wenn die Minderheit gleich handeln würde. Wir sind im Namen einer Partei in den Stadtrat gewählt worden, ich vertraue aber darauf, dass wir alle verantwortungsbewusste und individuelle Persönlichkeiten sind, die grundsätzlich indivi-

duell denken, individuell handeln und individuell stimmen. Ich fordere Sie auf, sich immer wieder Ihrer Individualität bewusst zu werden. Wenn wir eine langfristig funktionierende Stadt, eine lebenswerte Stadt für alle sicherstellen wollen, so müssen wir kompromissfähigere Lösungen anbieten. In dem Fall darf politische Willkür keinen Platz haben, sonst wird sich die Tendenz zur Separierung der gesellschaftlichen Gruppierungen weiter verstärken. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass das Überwinden des Blockdenkens immer nur von der Mehrheit ausgehen kann. Es nützt nichts, wenn die Minderheit sich auf die Mehrheit zu bewegt, die Mehrheit kann auch ohne dieses Entgegenkommen bestimmen, was sie will. Wenn wir einen Dialog suchen wollen, wenn wir Kompromisse suchen wollen, muss die Mehrheit den ersten Schritt tun und wir brauchen ein Gleichgewicht zwischen Interessen, die nicht blockbestimmt sein sollten. Was wir aber vor allem brauchen, ist Respekt und Sachlichkeit. Wir haben heute als Parlament dieser Stadt die Arbeit wieder aufgenommen. Ich bitte Sie, die Verantwortung, die Sie übernommen haben oder noch übernehmen werden als Kommissionsmitglieder, als Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten, auch wahrzunehmen. Zu dieser Verantwortung gehört auch der respektvolle Umgang miteinander, die Wortwahl hier im Rat, die Präsenz in den Kommissionen und in den Sitzungen, die Konzentration auf die Sache. Es macht Spass, sich der politischen Diskussion zu stellen, aber nur, wenn die Plattform nicht überstrapaziert wird. Im andern Fall gewinnt am Schluss, wer am lautesten schreit, was nichts mehr mit der Sache zu tun hat. Da wiederum ist die Verantwortung der Presse gefragt, die sich allzu oft von Blendern verführen lässt. Die Berichterstattung muss Teil der Meinungsbildung sein und nur eine ausgewogene Berichterstattung macht eine freie Meinungsbildung möglich. Ich wünsche uns allen ein spannendes, durchaus emotional engagiertes, aber auf der persönlichen Ebene faires politisches Jahr.

Applaus

Damit komme ich zum Wichtigsten im Rahmen meiner Antrittsrede, der Verdankung und Verabschiedung meines Vorgängers. Lieber Res, du hattest kein einfaches Amtsjahr. Ein Wahljahr hat seine eigenen Gesetzmässigkeiten. Zu diesen gehört unter anderem eine Budgetdebatte, wie wir sie, so denke ich, beide in diesem Rat noch nicht erlebt hatten, mit einer riesigen Flut von Anträgen, Gegenanträgen und Eventualanträgen. Zu diesen gehört, dass kurz vor den Wahlen fast alle Vorstösse dringlich eingereicht wurden und das Büro die Disziplin haben musste, diese Dringlichkeiten abzulehnen. Zu diesen gehört, dass „ausgewachsene Interpellationen“ zu Kleinen Anfragen umfunktioniert wurden, nur damit man sie noch vor den Wahlen behandeln konnte. Trotz all dieser Erschwernisse hast du den Rat sachlich und menschlich souverän geleitet, kompetent und effizient. Vor allem aber ist es dir gelungen, im Hintergrund, im Büro, das Blockdenken zu überwinden und sachlich zu politisieren und zu entscheiden. Ich danke dir im Namen des Stadtrats ganz herzlich für das grosse Engagement, den enormen Einsatz zu Gunsten dieses Rats und zu Gunsten dieser Stadt und wünsche dir und deiner Familie für die Zukunft alles Gute. Ich habe als Vizepräsident im vergangenen Jahr sehr viel von dir lernen können. Gleichzeitig habe ich noch Zeit gefunden, in der Freizeit für mich selber etwas zu machen – vielleicht ist das im Präsidialjahr nicht mehr so einfach möglich – und konnte eine Ausstellung organisieren und es hat mich riesig gefreut, dass du die Zeit gefunden hast, diese Ausstellung zu besuchen. Es freut mich auch dementsprechend, dass ich dir ein signiertes Exemplar meiner Ausstellungspublikation überreichen kann.

Res Zysset nimmt das Geschenk entgegen und wird von den Anwesenden mit Applaus verabschiedet.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Beschluss

Als 1. Vizepräsidenten für das Jahr 2009 wählt der Stadtrat einstimmig den von der Fraktion GB/JA! vorgeschlagenen bisherigen 2. Vizepräsidenten Urs Frieden (GB).

Der Ratspräsident gratuliert Urs Frieden zu seiner Wahl. Die Anwesenden gratulieren mit Applaus.

Wahl des 2. Vizepräsidiums

Peter Bernasconi (SVP) für die Fraktion SVPplus: Die Fraktion SVPplus akzeptiert den neuen Modus für die Verteilung des 2. Vizepräsidiums, wie er auf Grund der letzten Wahlen vorgesehen ist. Den Anspruch und die Wahl eines CVP-Kandidaten hätten wir vorbehaltlos und aktiv unterstützt. Wir haben aber mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass eine Partei, die bis anhin gar nicht im Parlament vertreten war, den Anspruch auf das 2. Vizepräsidium angemeldet hat, bevor überhaupt erste Gespräche stattgefunden haben. Ebenso aussergewöhnlich und einmalig ist, dass eine Person nominiert ist, die man im Parlament noch gar nicht kennt. Wir möchten an dieser Stelle betonen, dass wir damit auf keinen Fall eine Qualifikation dieser Person abgeben möchten. Das können und wollen wir nicht, aber wir können sie schlicht nicht beurteilen. Auf Grund dieser Situation unterstützen wir Vania Kohli heute Abend teilweise bei der Wahl, es wird von Seiten unserer Partei also keine Einstimmigkeit geben, und wir werden ihr unser Vertrauen schenken. Wir melden aber bereits heute unseren Anspruch auf das 2. Vizepräsidium in zwei Jahren an. Wir erwarten auf Grund des neu eingeführten Turnus, dass Sie unseren Kandidaten im 2011 unterstützen werden.

Beschluss

Als 2. Vizepräsidentin für das Jahr 2009 wählt der Stadtrat die von der Fraktion BDP/CVP vorgeschlagene Vania Kohli (BDP).

Der Ratspräsident gratuliert Vania Kohli zu ihrer Wahl. Die Anwesenden gratulieren mit Applaus.

Wahl der Stimmzählenden

Beschluss

Als Stimmzählende wählt der Stadtrat einstimmig Corinne Mathieu (SP) und Manfred Blaser (SVP).

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

3 Budget- und Aufsichtskommission (BAK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums

Beschluss

Der Stadtrat wählt die folgenden Ratsmitglieder in die Budget- und Aufsichtskommission (BAK):

Hanspeter Aeberhard (Fraktion FDP), Henri Beuchat (Fraktion BDP/CVP), Conradin Conzetti (Fraktion GFL/EVP), Jan Flückiger (Fraktion GLP), Simon Glauser (Fraktion SVPplus), Kurt Hirsbrunner (Fraktion BDP/CVP), Beni Hirt (Fraktion SP/JUSO), Annette Lehmann (Fraktion SP/JUSO), Hasim Sancar (Fraktion GB/JA!), Martin Trachsel (Fraktion GFL/EVP), Beat Zobrist (Fraktion SP/JUSO).

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion SP/JUSO nominierte Annette Lehmann (SP) einstimmig zur Präsidentin der BAK.
2. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion FDP nominierten Hanspeter Aeberhard einstimmig zum Vizepräsidenten der BAK.

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums

Beschluss

Der Stadtrat wählt die folgenden Ratsmitglieder in die Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU):

Giovanna Battagliero (Fraktion SP/JUSO), Peter Bernasconi (Fraktion SVPplus), Peter Bühler (Fraktion SVPplus), Dolores Dana (Fraktion FDP), Bernhard Eicher (Fraktion FDP), Corinne Mathieu (Fraktion SP/JUSO), Claudia Meier (Fraktion BDP/CVP), Christine Michel (Fraktion GB/JA!), Miriam Schwarz (Fraktion SP/JUSO), Tanja Sollberger (Fraktion GLP), Barbara Streit-Stettler (Fraktion GFL/EVP).

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion GFL/EVP nominierte Barbara Streit (EVP) einstimmig zur Präsidentin der FSU.
2. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion SVPplus nominierten Peter Bühler (SVP) einstimmig zum Vizepräsidenten der FSU.

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums

Beschluss

Der Stadtrat wählt die folgenden Ratsmitglieder in die Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS):

Urs Frieden (Fraktion GB/JA!), Erich J. Hess (Fraktion SVPplus), Jimy Hofer (Fraktion SVPplus), Mario Imhof (Fraktion FDP), Stefan Jordi (Fraktion SP/JUSO), Daniel Klauser (Fraktion GFL/EVP), Edith Leibundgut (Fraktion BDP/CVP), Patrizia Mordini (Fraktion SP/JUSO), Nadia Omar (Fraktion GFL/EVP), Stéphanie Penher (Fraktion GB/JA!), Gisela Vollmer (Fraktion SP/JUSO).

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion SVPplus nominierten Erich J. Hess (JSVP) zum Präsidenten der PVS.
2. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion SP/JUSO nominierten Stefan Jordi (SP) einstimmig zum Vizepräsidenten der PVS.

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) Neuwahl von 11 Mitgliedern sowie für das Jahr 2009 Wahl des Präsidiums und Vizepräsidiums

Beschluss

Der Stadtrat wählt die folgenden Ratsmitglieder in die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK):

Cristina Anliker-Mansour (Fraktion GB/JA!), Lea Bill (Fraktion GB/JA!), Sue Elsener (Fraktion GFL/EVP), Claude Grosjean (Fraktion GLP), Ueli Jaisli (Fraktion SVP plus), Ruedi Keller (Fraktion SP/JUSO), Ursula Marti (Fraktion SP/JUSO), Philippe Müller (Fraktion FDP), Pascal Rub (Fraktion FDP), Martin Schneider (Fraktion BDP/CVP), Rolf Schuler (Fraktion SP/JUSO).
Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt den von der Fraktion FDP nominierten Pascal Rub (FDP) einstimmig zum Präsidenten der SBK.
2. Der Stadtrat wählt die von der Fraktion GFL/EVP nominierte Sue Elsener (GFL) einstimmig zur Vizepräsidentin der SBK.

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

6a Agglomerationskommission AKO Ergänzungswahlen

Beschluss

Der Stadtrat wählt an Stelle der ausgetretenen Mitglieder Beni Hirt (JUSO), Dannie Jost (FDP) und Lea Bill (JA!) einstimmig die nominierten Mitglieder Thomas Begert (Fraktion BDP/CVP), Thomas Weil (Fraktion SVPplus) und Michael Köppli (Fraktion GLP).

Der Ratspräsident gratuliert den Gewählten zu ihrer Wahl.

7 Wahlen in Schulkommissionen (November 2008)

Geschäftsnummer 08.000015 / 08/403

Beschluss

Der Stadtrat wählt Nathalie Ryser einstimmig als neues Mitglied der Schulkommission Länggasse-Felsenau, ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis zum 31. Juli 2009.

8 Wahlen in Schulkommissionen (Dezember 2008)

Geschäftsnummer 08.000015 / 08/404

Beschluss

1. Der Stadtrat wählt Claudia Streit einstimmig als neues Mitglied der Schulkommission Bümpliz, ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis zum 31. Juli 2009.
2. Der Stadtrat wählt Nadja Feldmann einstimmig als neues Mitglied der Schulkommission Kleinklassen und Spezialunterricht, ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis zum 31. Juli 2009.

9 Dringliches Postulat Henri-Charles Beuchat (CVP): Sicherheitsprobleme spitzen sich zu – Todesfall vor der Reithalle

Geschäftsnummer 80.000293 / 08/290

In der Nacht vom Freitag 29. August 2008 war es vor der Reithalle zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen mehreren Personen gekommen, bei der ein 36-jähriger Mann erheblich verletzt wurde. Eine Woche nach dem Vorfall ist der Mann am Samstag, 6. September 2008 an den Folgen der Verletzungen im Spital verstorben.

In diesem Zusammenhang fordern wir eine lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen und darzulegen:

1. Die Verantwortlichen der Reithalle sind vorzuladen und an einer Krisensitzung ist eine verbindliche Vereinbarung zu treffen, mit welchen zusätzlichen zwingenden Massnahmen seitens der Reitschule die Situation verbessert werden kann. (Videoüberwachung, Polizeipräsenz, eigener Sicherheitsdienst usw...)
2. Da die Aussagen der Reithallen-Betreiber jene des Direktors für Sicherheit Umwelt und Energie und jene der Kantonspolizei voneinander abweichen prüft der Gemeinderat anhand der Polizeiprotokolle den einleitend erwähnten Sachverhalt und legt dem Stadtrat den Tatsächlichen Sachverhalt vor.
3. Der Gemeinderat prüft die Möglichkeit von unangekündigten Hausdurchsuchungen in der Reithalle.
4. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat in einer tabellarisch chronologischen Übersicht dar, welche Vorfälle sich in den letzten 4 Jahren in und um die Reithalle ereignet haben. Der Bericht gibt Auskunft über Umfang, Struktur und Entwicklung sowie die nähere Ortsbezeichnung der Vorfälle der polizeilich registrierten Straftaten resp. Straftatengruppen in und um die Reithalle.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Vorfall ist aktuell, es muss raschmöglichst eine Massnahme geprüft werden. Die Zustände der Drogenszene fordern ein rasches Handeln.

Bern, 11. September 2008

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat verurteilt die verübte Gewalttat aufs Schärfste. Der konkrete Vorfall hat allerdings keinen direkten örtlichen Bezug zur Reitschule. Dennoch hat sich der Gemeinderat in den vergangenen Monaten vertieft mit der Sicherheitssituation im Bereich der Reitschule befasst und entsprechende Massnahmen getroffen. In enger Zusammenarbeit zwischen der Direktion für Bildung, Soziales und Sport, der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie und der Kantonspolizei wurde die Repression verstärkt und die Polizei- und PINTO-Präsenz im Perimeter Reitschule erhöht. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass die nötigen sozialen Angebote (Beratung und Vermittlung) niederschwellig bereitstehen. Der Gemeinderat stellt fest, dass diese Massnahmen greifen und die Situation wesentlich und sichtbar verbessert haben. Eine weitere und nachhaltige Entspannung der Situation wird durch die Realisierung eines zweiten Standorts für die Anlaufstelle für Drogenabhängige angestrebt. Ein diesbezügliches Finanzierungsgesuch ist beim Kanton hängig und soll bis Anfang 2009 entschieden werden. Der Gemeinderat ist bereit, die Anliegen des Postulats zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 26. November 2008

Luzius Theiler (GPB): Dieser Vorstoss bringt ungefähr alles durcheinander, was man durcheinander bringen kann: Gewaltentrennung, drogenpolitische Verantwortungen, Verantwortungen für diesen tragischen Todesfall, Zuständigkeiten. Es war ein Vorwahl-Heissluftballon, der aber schon sehr bald einmal auch für den Urheber uninteressant wurde, so dass er diesen dringlichen Vorstoss vor den Wahlen gar nicht begründete, weil er an der Sitzung nicht anwesend war. Und dem verdanken wir, dass wir dieses Geschäft jetzt in der ersten Sitzung der neuen Legislatur zu behandeln haben. Dieser Vorstoss unterstellt aber auch sublim, auf sehr unschöne Art, dass die Reitschule etwas mit diesem tragischen Todesfall zu tun gehabt habe, quasi dafür verantwortlich gewesen sei. Das ist etwas, was mich sehr stört, ich finde das nicht anständig. „In diesem Zusammenhang“, steht im Vorstoss – also im Zusammenhang mit dem Todesfall – „fordern wir eine lückenlose Aufklärung“. Ich habe eigentlich bis jetzt gemeint, für die Aufklärung von Kriminaldelikten sei die Polizei zuständig und nicht irgendeine politische Behörde. Also bereits hier die völlige Missachtung des Prinzips der Gewaltentrennung. Die Aufklärung von Delikten ist Aufgabe der Polizei.

Das Drogenproblem, um zu Punkt 1 dieses Vorstosses zu kommen, ist nicht irgendwie durch die Reithalle verursacht, sondern es existierte bekanntlich schon lange vorher, Stichwort Kocherpark. Das Drogenproblem ist etwas, was die Reitschule in hohem Mass belastet. Es gibt einige Male pro Jahr Treffen zwischen den Verantwortlichen der Reitschule und der Stadt und dort ist das Drogenproblem ein ständiges Thema. Die Reitschule hat immer und immer wieder Vorschläge gebracht, um die drogenpolitische Situation vor der Reitschule zu entschärfen, leider wurden diese Vorschläge bis jetzt zum grossen Teil nicht berücksichtigt. Aber das verhindert nicht, dass man umgekehrt immer, wenn vor der Reitschule etwas passiert, die Schuld der Reitschule in die Schuhe schiebt. Die Reitschule hat schon lange gesagt, es brauche eine zweite Drogenanlaufstelle, es brauche eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Drogenanlaufstelle und es brauche eine bessere Betreuung der Drogenkranken, die sich vor der Reithalle aufhalten. Das hat man nicht berücksichtigt, aber man benützt das Problem, um gegen die Reitschule politisch vorzugehen. Das lehne ich ab und es ist allein schon ein Grund, den Vorstoss abzulehnen.

Zu Punkt 2, den Polizeiprotokollen. Herr Nause kann nicht einfach zur Polizei gehen und sagen „Hallo Polizei, dürfte ich einmal ein bisschen in den Protokollen kramen und sie anschauen“, sondern da gibt es ganz strenge Regeln. Die Stadt ist hier nicht Partei, es geht also um eine völlige Missachtung der Gewaltentrennung, ebenso in Punkt 3: Hausdurchsuchungen kann nicht der Gemeinderat anordnen, sondern dazu braucht es einen richterlichen Beschluss. Dieser Punkt geht also völlig fehl und Punkt 4, Daten zusammenzustellen, die längstens bekannt sind, ist ein bürokratischer Leerlauf. Es erstaunt mich schon sehr, wie der Gemeinderat dazu kommt, einen derart unsinnigen Vorstoss annehmen zu wollen und zu empfehlen, ihn erheblich zu erklären, allein nur aus grundsätzlichen Gründen, dass wir uns nämlich dagegen wehren müssen, dass man der Reitschule, die eine wichtige kulturelle Funktion hat und für die es schon schwer ist, überhaupt ihre Aufgabe zu erfüllen, dauernd Dinge in die Schuhe schiebt, für die sie gar nichts kann. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen.

Henri-Charles Beuchat (CVP) für die Postulanten: Es ist nicht die Frage, Luzius Theiler, ob wir im November oder im Dezember oder erst heute über diesen Vorstoss sprechen. Damals wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um darüber zu sprechen, aber damals hat der Stadtrat den Antrag auf dringliche Diskussion abgelehnt. Bei der BZ gingen innert kürzester Zeit 91

Kommentare zu diesem Vorfall ein und in Foren und Internetseiten ist noch heute eine Fülle von Beiträgen dazu zu lesen. Erst heute, ein Vierteljahr später, reden wir hier im Stadtrat über diesen Vorfall. Und heute ist bestimmt der falsche Zeitpunkt, er wäre damals richtig gewesen, als ich den Antrag auf eine dringliche Debatte stellte.

Der Gemeinderat hat in seiner Antwort geschrieben, der konkrete Vorfall habe keinen örtlichen Bezug zur Reitschule und widerspricht damit Aussagen aus der eigenen Verwaltung, denn der Leiter des Jugendamts, Jürg Häberli, betonte seinerzeit in der Presse, dass die Reitschule es sich zu einfach mache, wenn sie die Schuld an diesem Todesfall der städtischen Drogenpolitik zuschiebe. Und der Gemeinderat macht es sich auch sehr einfach, wenn er den örtlichen Bezug zur Reithalle einfach in Abrede stellt. Der Gemeinderat schreibt auch, dass die getroffenen Massnahmen greifen und dass sich die Situation wesentlich verbessert habe, aber ich denke, für die wesentliche Verbesserung sind eher die eisigen Temperaturen des Winters verantwortlich als die Massnahmen des Gemeinderats. Es ist offenkundig, dass es in den Wintermonaten keine Szenebildung gibt, die ist im Sommer zu beobachten. Der Gemeinderat sollte deshalb die Zeit nutzen und die im Postulat erwähnten Massnahmen prüfen, um sich so auf die Zeit vorzubereiten, in der die Szenebildung wieder sichtbar ist. Mir persönlich ist es wichtig, dass sich ein derart schlimmer Vorfall wie der vom August 2008 nicht wiederholt und dazu braucht es eben auch griffige Massnahmen. Ich habe es im Postulat geschrieben: Ein gut funktionierender Sicherheitsdienst, Video-Überwachung von neuralgischen Punkten und Hausdurchsuchungen gehören bei konkreten Verdachtsmomenten auch dazu. Wie der unwirkliche Raum vor der Reithalle neu gestaltet werden kann, hat die CVP bereits aufgezeigt mit ihrem Projekt, dem Vorstoss zum Skaterpark, nota bene, nachdem die Stadt das private Projekt verschlafen hatte. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bereit ist, das Anliegen des Postulats zu prüfen und dass er es erheblich erklären lassen will und das freut mich.

Fraktionserklärungen

Lea Bill (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Was Ende August unter der Eisenbahnbrücke auf der Schützenmatte passiert ist, ist tragisch und unfassbar. Die Fraktion GB/JA! hat sich schon damals bestürzt gezeigt und ist immer noch bestürzt über dieses Gewaltdelikt und den Tod des betroffenen Mannes. Es ist unbestritten, dass der Fall von der Polizei gründlich untersucht werden muss, damit die Täterinnen oder Täter bestraft werden können. Dass aber Parteien von Mitte-links bis rechts diesen tragischen Tod dazu missbraucht haben, um Wahlkampf zu betreiben und Werbung für ihre Vorstösse und ihre Initiativen zu machen, ist mehr als zynisch. Das vorliegende dringliche Postulat reiht sich in diese „Missbrauchsreihe“ ein und ist aus diesem Grund aus Sicht der Fraktion GB/JA! abzulehnen. Dies insbesondere, weil der Vorfall direkt gar nichts mit der Reitschule zu tun hat, das Postulat aber in erster Linie auf sie abzielt, wie Luzius Theiler vorhin richtig gesagt hat. Und zweitens hat der Gemeinderat ja, was den Vorfall betrifft, bereits Untersuchungen angestellt. Hören wir auf, diesen tragischen Vorfall zum Anlass zu nehmen, um wieder einmal auf die Reitschule zu schiessen und blicken wir endlich den Tatsachen ins Auge. Es geht im Zusammenhang mit der Drogenszene zumindest nicht nur um ein sicherheitspolitisches Problem, sondern eine offene Drogenszene hat auch sehr viel weiter reichende Folgen. Aus diesem Grund muss aus Sicht der Fraktion GB/JA! nach der ständigen Verstärkung der Repression jetzt das Augenmerk auf die Schadensminderung gelegt werden. Das heisst unter anderem, wie es der Gemeinderat in seiner Antwort ja auch schreibt, Realisierung einer zweiten Anlaufstelle. Packen wir also diese Probleme an und nutzen wir die Winterzeit dafür anstatt dazu, Zusammenhänge dort zu suchen, wo es keine gibt.

Beat Zobrist (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO verurteilt jeden Fall von Gewaltanwendung in dieser Stadt. Wir bedauern die Gewalttat vom 29. August 2008 mit Todesfolge auf der Schützenmatte zutiefst. Trotzdem werden wir das Postulat ablehnen. Die Fraktion SP/JUSO verurteilt vor allem auch den Versuch des Postulanten, diesen Vorfall zu missbrauchen und den Reithalle-Betreibenden in die Schuhe zu schieben. Warum soll die Reitschule für alles verantwortlich sein, was auf diesem hässlichen Parkplatz und Vorplatz geschieht? Es gibt auch Gassen, die gefährlich sind, beispielsweise die Aarberggasse und die Genfergasse. Würde der Postulant in diesem Fall wohl auch sagen, dass das Restaurant Moléson, Divino oder Sassafras verantwortlich sei für die Sicherheit in diesen Gassen? Drogen- und andere Kriminalität bleibt durch die KaPo zu verfolgen und nicht durch Lokal-Betreibende. Der Postulant verlangt Hausdurchsuchungen in der Reithalle, aber die werden nicht vom Stadtrat und auch nicht vom Gemeinderat angeordnet, sondern von der Polizei und vom Untersuchungsrichteramt. Das gilt für die Reithalle ganz genau gleich wie für alle anderen privaten und öffentlichen Häuser in dieser Stadt. Und die chronologische Übersicht über Gewalttaten auf der Schützenmatte, die der Postulant verlangt, kann er abrufen, indem auf die Web-Site der Reithalle geht, weil ja auch die Reithalle-Betreibenden unter diesen Gewalttaten leiden und sie ablehnen. Sie bieten immer wieder und auch zurzeit eigene Leute auf, die um das Gebäude Runden drehen. Die Fraktion SP/JUSO erwartet selbstverständlich von den Reitschule-Betreibenden, dass sie die Polizeiarbeit nicht behindern und dass sie Gewalttätern und Gewalttäterinnen und Personen, die die Polizeiarbeit behindern, nicht die Türe aufmachen und ihnen so die Reithalle als Zufluchtsort anbieten. Das war allerdings im vorliegenden Fall nicht geschehen. Wir stellen fest, dass die Polizei heute auf der Schützenmatte präsent ist und dass auf diesem Platz, so weit dies möglich ist, nicht nur die Parkordnung, sondern auch sonst Ordnung herrscht, und dies nicht erst jetzt, wo es kalt ist, wie der Postulant sagt, sondern das war bereits im milden Oktober so. Der Postulant hat einen völlig falschen Ansatz und sämtliche vier Forderungen sind völlig unnötig. Die Fraktion SP/JUSO will die Verwaltung nicht mit derart überflüssigem Kram beschäftigen und bittet dringend darum, das Postulat abzulehnen.

Simon Glauser (SVP) für die Fraktion SVPplus: Ich muss Luzius Theiler wieder einmal teilweise Recht geben: Auch ich bin zur Einsicht gekommen, dass man die Reithalle nicht für alles und jedes auf diesem Platz verantwortlich machen kann. Die Reithalle ist ein Kulturbetrieb und nicht eine rein soziale Institution. Was mir aber wieder einmal sehr grosse Mühe bereitet, ist die Copy-Paste-Antwort des Gemeinderats. In einer schludrigen und kurzen Art und Weise wird hier etwas heruntergeleiert, was wir schon seit Jahren hören. Wenn der Gemeinderat sagt „Wir haben uns in den vergangenen Jahren vertieft mit der Sicherheitssituation vor der Reitschule auseinandergesetzt“, so ist dies ganz einfach gelogen. Sie sagen seit Jahren, dass Sie etwas unternähmen, aber Sie machen nach wie vor nichts. Wir finden die Forderungen des Postulats gut und wir werden es unterstützen. Ich möchte Reto Nause, dem neuen Gemeinderat, sehr ans Herz legen, jetzt einmal Taten folgen zu lassen, damit man nicht immer wieder die gleichen leeren Worte in die Beantwortung von Vorstössen hineinschreiben muss.

Erik Mozsa (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die sinnlose und brutale Gewalt unter der Eisenbahnbrücke im letzten Sommer hat bestimmt alle in diesem Raum bewegt. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Lea Bill, ich verstehe Sie nicht ganz: Die Diskussionen mit der IKUR sind richtig und wichtig und selbstverständlich unterstützen wir sie, aber es braucht jetzt einfach auch einmal Massnahmen auf der Schützenmatte. Wer meint, es komme schon gut, wenn man einfach diskutiere, verkennt unseres Erachtens die Situation dort. Auch das Votum der Fraktion SP/JUSO finde ich unverständlich: Der Gemeinderat ist bereit, das

Postulat anzunehmen, die Fraktion SP/JUSO will es nicht annehmen. Damit wird der Reitschule, die wir ja alle schützen wollen, nicht geholfen. Die Stadt hat viel zu lange geschwiegen, man hat gehofft, es komme von selbst irgendwie gut. Aber während sich IKUR und Stadt gegenseitig den Schwarzen Peter zugeschoben haben, ist relativ wenig passiert. Rückblickend muss man sagen, dass dies leider nicht sehr konstruktiv war. Die Fraktion GFL/EVP unterstützt das vorliegende Postulat. Nicht weil wir vom Inhalt und den aufgeführten Punkten begeistert wären, sondern weil wir finden, dass jetzt Druck ausgeübt werden muss auf die Reitschule, die selbstgerecht meint, sie habe mit dem Problem gar nichts zu tun, Druck auch auf die Drogenszene, die wir dort nicht wollen, aber auch Druck auf die Stadt, damit endlich etwas geschieht. Wenn die Reitschule meint, sie habe keinen Einfluss auf die Drogenszene, das sei einzig ein städtisches Problem, so ist das verlogen. Es ist aber genau so unstatthaft, auf der anderen Seite alle Verantwortung der Reithalle zuschieben zu wollen. Wenn Polizeikräfte, Feuerwehr und Securitas sich kaum mehr ohne Grossaufgebot auf den Vorplatz wagen, aus Angst, angegriffen zu werden, ist die Reitschule sehr wohl involviert und trägt eine Mitverantwortung, das lässt sich nicht leugnen. Natürlich ist für die Drogenszene nicht primär die Reitschule verantwortlich, das wissen wir. Diese Zusammenhänge sind sehr gross, am Drogengeschäft verdienen viele Leute. Die Fraktion GFL/EVP findet es richtig, dass jetzt geprüft werden soll, welche Massnahmen zur Beruhigung der Situation in Frage kommen und ist froh, dass der Gemeinderat auf diese Linie eingeschwenkt ist. Es freut uns, dass er das Postulat annehmen will, aber wir sind über die kurzen Antworten sehr erstaunt. Wir hätten schon etwas mehr erwartet als nur die Aussage, es sei gut, man nehme das Postulat an. Für unsere Fraktion steht aber nach wie vor unsere Motion im Vordergrund, die auf Sanktionsmöglichkeiten hinarbeiten will, wenn die Reitschule ihre Verantwortung nicht wahrnimmt. Wir brauchen mehr Verbindlichkeit, diese Stossrichtung werden wir weiter verfolgen. Wir blicken mit Argusaugen auf die Stadt und sind gespannt darauf, was jetzt kommt. Es ist aber klar, dass wir mit Repression allein die Probleme der Drogenszene nicht lösen können. Auch wir fordern eine zweite Anlaufstelle, um die Situation unter der Eisenbahnbrücke entschärfen zu können und wir sind froh, dass fast alle in diesem Saal diese Ansicht teilen.

Philippe Müller (FDP) für die Fraktion FDP: Über den letzten Satz müssen wir noch diskutieren, aber sonst kann ich mich zu 100% meinem Vorredner anschliessen. Die CVP hat ein wichtiges Thema aufgenommen und sie hat darin unsere Unterstützung. Ein Mensch ist gestorben auf Grund von Gewalteinwirkung. Das ist sehr gravierend und da muss ich dem Grünen Bündnis einfach sagen: Das ist es sehr wohl wert, darüber zu sprechen. Und der SP muss ich sagen, dass es nicht darum geht, diesen Vorfall einfach der Reitschule in die Schuhe zu schieben. Vielleicht sieht man, wenn man es ein wenig genauer anschaut, dass der Fehler tatsächlich nicht oder nicht nur bei der Reitschule liegt. Und wenn Luzius Theiler betont, für Hausdurchsuchungen brauche es rechtliche Voraussetzungen, so muss ich sagen; Das ist selbstverständlich, aber anschauen kann man es trotzdem. Wenn die SP sagt, mit dem Vorstoss wähle man einen völlig falschen Ansatz, sollte sie auch sagen, welches denn der richtige Ansatz wäre. Die Sache immer unter den Teppich zu kehren, ist garantiert nicht der richtige Ansatz, damit werden einzig Lösungen gefördert, die die SP ganz bestimmt nicht begrüssen wird. Vielleicht ist nicht alles super in diesem Vorstoss, aber die Stossrichtung ist bestimmt richtig und das ist natürlich auch so zu erklären, dass der Gemeinderat nach diesem gravierenden Vorfall – und was hier passiert ist, ist wesentlich wichtiger als die Debatte darüber, wo man noch eine Ampel aufstellt oder wo genau Abfall zu deponieren sei – nicht reagiert hat. Er hat ein paar Sätze geäussert und das war alles. Keine einzige Massnahme, nichts. Darum ist ein derartiger Vorstoss das Minimum. Es wurde schon von der GFL gesagt, dass noch etwas folgen werde, Sie wissen, dass auch von uns noch etwas folgt und wir werden uns darauf konzentrieren. Wir unterstützen den Vorstoss.

Tanja Sollberger (GLP) für die Fraktion GLP: Wir schliessen uns zu diesem Thema im Wesentlichen der Fraktion GFL/EVP an. Auch wir sind sehr bestürzt über diese Auseinandersetzung im letzten August mit tödlichem Ausgang. Der Installation von Video-Kameras stehen wir aus datenschutz- und bevölkerungsrechtlichen Gründen sehr skeptisch gegenüber und wir unterstützen sie deshalb nur bedingt, als Ultima Ratio, wir befürworten aber das Postulat.

Einzelvoten

Peter Bühler (SVP): Von den Leuten auf der von mir aus gesehen rechten Seite höre ich immer das Gleiche, seit 1999: Die Reithalle macht keine Fehler, was in der Reithalle passiert, ist nicht so wichtig und nicht so gravierend. Es ist eine Frechheit, was hier zum Teil geäußert wurde. Tatsache ist, dass wir seit 1999 acht Vorstösse eingereicht haben, bei denen ich federführend war. Wir haben gesagt: Räumen Sie diesen Laden einmal auf, dann haben wir keine Angriffe mehr bei der Reithalle. Naiv wie immer wird die Reithalle in Schutz genommen. Sie wird nicht in Frage gestellt, es ist alles toll dort. Das ist der falsche Weg, merken Sie das spätestens bei der nächsten Volksabstimmung zum Thema Reithalle. Der GFL/EVP möchte ich sagen: Vielen Dank, Sie machen das, was der Ratspräsident gesagt hat, nämlich die Blöcke etwas verschieben und ein wenig weiter denken. Es ist ein dringendes Anliegen, endlich zu handeln. Die Reithalle hat auf der einen Seite einen legalen Anspruch, da sind wir uns einig. Auf der anderen Seite kommt es durch solche Vorkommnisse immer wieder zu Problemen, zu Sachen, die man diskutieren und für die man eine Lösung finden muss. Ich finde es gut, dass die GFL/EVP diesen Vorstoss unterstützt und dass auch einmal von diesem Lager aus kritische Fragen gestellt werden und nicht immer nur von den Bösen, die die Reithalle in Frage stellen. Wenn wir so weiter machen, werden wir für die Reithalle eine Lösung finden, die für alle annehmbar ist. An die Seite zu meiner Rechten sage ich noch einmal: Halten Sie an diesem Blockdenken fest und schauen Sie, was passiert; es wird zu Ihrem Nachteil sein.

Dieter Beyeler (SD): Luzius Theiler hat die ganze Angelegenheit natürlich schon ein wenig unschuldig dargestellt. In die allermeisten Vorfälle bei der Reitschule ist die Reitschule eben direkt oder indirekt involviert. Vielfach organisiert sich die Gewalt und vor allem das Chaotikum jeweils im Inneren der Reitschule und geht anschliessend auf der Strasse über die Bühne. Betrachten wir es statistisch, so wird klar, dass die Reitschule als Gewalt-Epizentrum der Stadt bezeichnet werden muss. Wir haben hier einen der vielen Vorstösse, die jeweils nach derartigen Vorfällen von bürgerlicher Seite richtigerweise eingereicht werden, worauf sich RGM mit eben so schöner Regelmässigkeit als Anwalt der Reitschule aufführt und die Vorfälle meistens verniedlicht. Aber im vorliegenden Fall ist dies nicht mehr möglich. Hier geht es um Sicherheit und nicht um Probleme mit der Anlaufstelle. Es ist erfreulich und richtig, dass der Gemeinderat das Postulat annehmen will.

Henri-Charles Beuchat (CVP): Lieber Beat Zobrist, wir sprechen hier über ein Postulat. Der Gemeinderat prüft darzulegen, der Gemeinderat prüft die Möglichkeiten. Um Himmels willen, wenn die Fraktion SP/JUSO sogar die Prüfung ablehnt, so verstehe ich die Welt nicht mehr. Es geht mit diesem Postulat nicht darum, Schuldige zu suchen, sondern es geht darum zu verhindern, dass es in der Stadt Bern noch einmal zu einer derartigen Situation kommt.

Direktor FSU *Reto Nause*: Ich stehe zum ersten Mal an diesem Rednerpult und erlaube mir deshalb eine kurze Vorbemerkung: Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit im Rat wie auch in den Kommissionen. Ich zähle auf Ihr Verständnis, wenn mein Fachwissen in den ersten paar Wochen noch einige Lücken aufweist und wenn in den ersten paar Wochen

nicht gleich Wunder geschehen. Ich würde mich auch freuen, wenn Sie mich bei Fragen oder Problem anriefen. Vieles lässt sich vielleicht im direkten Gespräch schneller und besser klären als mit Motionen und Interpellationen und Postulaten.

Zum Dringlichen Postulat: Der Gemeinderat verurteilt die Gewalttat aufs Schärfste. Wir sind besorgt, wir haben aber auch Massnahmen eingeleitet zur Verbesserung der Sicherheit. Wir haben die Repression durch die Polizei verstärkt, wir haben die Präsenz von PINTO erhöht, wir haben die niederschweligen Angebote ausgebaut und wir gehen davon aus, dass sich die Situation mit der Eröffnung einer zweiten Drogenanlaufstelle zusätzlich entschärft.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Gemeinderat, wenn er ein Postulat annehmen möchte und für erheblich erklärt, in seinen Antworten inskünftig relativ knapp sein wird und darum kann ich auch schon wieder schliessen. Der Gemeinderat gibt hier keine „Copy-Paste-Antwort“, er hofft, dass der Stadtrat das Postulat erheblich erklärt und wird dann mit einem umfangreichen Bericht in den Rat kommen.

Beschluss

Der Stadtrat erklärt das Postulat erheblich (45 Ja, 31 Nein, 1 Enthaltung).

10 Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Asylunterkunft Hochfeldstrasse 44 a – menschenwürdige Zustände schaffen

Geschäftsnummer 08.000374 / 08/406

Am 22. Oktober erklärte der Regierungsrat die aktuelle Situation bei der Unterbringung von Asylsuchenden aufgrund der starken Zunahme der Gesuche als Notlage und forderte daraufhin die Stadt Bern auf, 200 Plätze zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Bern stellte unter anderem die Zivilschutzanlagen an der Hochfeldstrasse 44a bereit, wo 100 Personen untergebracht werden sollen. Der Betrieb der Asylunterkunft und die Betreuung der Asylsuchenden obliegt dem Kanton und wurde von diesem an die Heilsarmee übertragen. Für die SP/JUSO-Fraktion ist es selbstverständlich, dass die Stadt Bern aufgrund der aktuellen Situation Asylsuchende aufnimmt.

Zurzeit treffen laufend Asylsuchende an der Hochfeldstrasse 44a ein, vor allem Familien mit Kindern, und es zeigt sich deutlich, dass der Raum ungeeignet ist: Die Unterkunft ist erdrückend eng für 100 Personen und sehr spärlich eingerichtet. Die Anlage ist im Keller und muss ganztags mit Neonlicht beleuchtet werden. Für die 100 Personen aus unterschiedlichen Kulturen (Erithrea, Somalia, Kurden, Georgien, Sri Lanka), die ihr Essen alle selber zubereiten, stehen vier Kochherde zur Verfügung, Konflikte sind vorprogrammiert. Bei den sanitären Anlagen ist kaum Intimsphäre möglich, was vor allem für die Frauen ein grosses Problem ist. Die Asylsuchenden haben keine Beschäftigung, sind somit meist in der Unterkunft. Freiwillige Helferinnen und Helfer aus dem Quartier bezeichnen die Situation als menschenunwürdig und erschreckend. Die Kirchgemeinde Paulus hilft soweit möglich, die Zustände zu mildern. Die Asylsuchenden sind für unbestimmte Zeit in der Zivilschutzanlage einquartiert.

Die Stadt Bern kann aus humanitären Gründen die Augen nicht verschliessen, auch wenn der Kanton für den Betrieb zuständig ist. Deshalb bitten wir den Gemeinderat, in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Migration folgende Fragen zu klären:

1. Welche zusätzlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen können zur Verfügung gestellt werden, vor allem für die Tageszeit und insbesondere für die Essenszubereitung?
2. Wie sieht die Situation in den andern Asylunterkünften, namentlich in der Brunnmatt, aus? Welche Vorkehrungen zur Verbesserung der prekären Raumverhältnisse werden getroffen?

3. Welche Angebote für Beratung, Gesundheit, Spielmöglichkeiten für Kinder, Gestaltung der Tagesstruktur usw. werden den Asylsuchenden zugänglich gemacht und durch wen?
4. Ist der Gemeinderat bereit, sich beim Kanton dafür einzusetzen und dabei tatkräftig Unterstützung zu bieten, damit in den Asylunterkünften ein funktionierendes Betriebs- und Betreuungskonzept sichergestellt ist, das den Asylsuchenden erlaubt, in menschwürdigen Verhältnissen leben zu können?
5. Ist der Gemeinderat bereit, sich beim Kanton dafür einzusetzen, dass im ganzen Kanton wieder reguläre Asylunterkünfte eingerichtet werden bzw. die noch bestehenden Anlagen wieder in Betrieb genommen werden?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Asylunterkünfte sind schon in Betrieb es kommen laufend neue Asylsuchende an, es muss sofort gehandelt werden.

Bern, 20. November 2008

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrates bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Am 22. Oktober 2008 erklärte der Regierungsrat die aktuelle Situation bei der Unterbringung von Asylsuchenden als Notlage. Die Stadt Bern ist innert kürzester Frist der Aufforderung des Kantons nachgekommen, geeignete Zivilschutzanlagen zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der Anforderungen des Kantons wurden für diesen die Zivilschutzanlagen an den Standorten Hochfeldstrasse 44a und Effingerstrasse 98 bereitgestellt, wie dies auch schon in früheren Jahren der Fall war.

Zu Frage 1:

Die Suche nach geeigneten zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten, unter anderem auch unter Einbezug der Stadtbauten Bern, hat ergeben, dass zurzeit keine anderen oder ergänzenden Räumlichkeiten in der Stadt Bern zur Verfügung stehen. Einzig in der Anlage an der Hochfeldstrasse 44a kann eine zusätzliche Küche im Trakt 2 der Parallelanlage fallweise (bei Nichtbelegung) zur Verfügung gestellt werden.

Zu Frage 2:

Die Anlage an der Effingerstrasse verfügt im Gegensatz zu jener im Hochfeld über kein Tageslicht. In der Ausgestaltung und in der Grösse sind die Anlagen in etwa identisch. Die Betreiberorganisation hat die Anlage Hochfeld für eine Nutzung durch Familien als geeignet erklärt, währenddem in der Anlage an der Effingerstrasse 98 männliche Asylsuchende einquartiert werden.

Zu Beginn der Anlagenöffnung musste die Belegungskapazität, namentlich in der Hochfeldanlage ausgeschöpft werden. Zwischenzeitlich konnten aber weitere Anlagen im Kanton in Betrieb genommen werden und die Belegungen wurden in den Anlagen der Stadt Bern reduziert. Zum Zeitpunkt der Abklärungen in dieser Frage waren beispielsweise in der Anlage an der Effingerstrasse rund 50 männliche Asylbewerber einquartiert. Die Betreiberorganisation, die Heilsarmee Flüchtlingshilfe, stellt höchste Anforderungen an die Erfüllung ihrer Leistungspflicht und setzt sich umfassend für das Wohl der untergebrachten Personen ein.

Zu Frage 3:

Für den Betrieb der Anlagen und die Betreuung der Asylsuchenden ist der Kanton verantwortlich. Die Abklärungen bei den kantonalen Stellen zeigen, dass bezüglich Tagesstruktur grosse Anstrengungen unternommen werden. Bereits das work fair „kleinere Hausarbeiten“, welche mit der Aufbesserung des Taschengelds honoriert werden, das Zubereiten der Mahlzeiten, wie auch die angebotenen Grund- und Aufbausprachkurse leisten einen wichtigen Beitrag zur

Beschäftigung der untergebrachten Personen. Des Weiteren stehen den Asylsuchenden Zonenabonnemente zur Verfügung, so dass ihre Mobilität gewahrt ist.

Zu Frage 4:

Der Gemeinderat hat den Kanton bereits bei der Bereitstellung der Anlagen eindringlich aufgefordert, dem Betriebskonzept hohe Beachtung zu schenken. Die unvorhergesehene Situation macht zentrale Anforderungen an Sicherheit, Betrieb und Information nötig, welche der Kanton unbedingt zu gewährleisten hat. Der Gemeinderat hat dem Kanton seine diesbezüglich klare Haltung und Erwartung unmissverständlich mitgeteilt.

Zu Frage 5:

Die aktuelle Lage im Asylbereich resultiert daraus, dass der Bund seiner Verpflichtung nicht nachkommen konnte, die darauf basiert, dass er bei einem starken Anstieg der Asylgesuche die Asylsuchenden während mindestens sechs Monaten in zusätzlichen Unterkünften selbst betreut. Negativ ausgewirkt haben sich ausserdem das neue Finanzierungssystem und die Höhe der Globalpauschale, welche mit der letzten Asylgesetzrevision eingeführt wurden. Seit Anfang 2008 bezahlt der Bund keine Beiträge an Betreuungsreserven mehr, die es den Kantonen früher ermöglichten, Organisationen und Infrastrukturen in Bereitschaft zu halten, und damit kurzfristig massiv steigende Asylzahlen aufzufangen. Dies erklärt auch, weshalb zurzeit bereits alle regulären Zentren des Kantons Bern in Betrieb stehen.

Die nun gemachten Erfahrungen zeigen, dass die Kantone wie früher in die Lage versetzt werden müssen, sich auf Schwankungen bei den Gesuchseingängen vorzubereiten. Wie dieser Aufwand in Zukunft abzugelten ist, ist noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Bund und den Kantonen. Dazu überprüft ergänzend ein von Bund und Kanton kürzlich eingesetzter Fachausschuss „Asylverfahren und Unterbringung“ das mit der Asylgesetzrevision eingeführte Finanzierungssystem.

Der Gemeinderat erwartet, dass Bund und Kantone ihre Aufgaben in diesem Bereich rasch erledigen und Notlagen im Asylwesen in Zukunft vermieden werden können. Der Gemeinderat begrüsst die Bemühungen des Kantons, längerfristige, oberirdische Unterbringungsmöglichkeiten zu finden, damit möglichst schnell auf die Zivilschutzanlagen als Unterkünfte verzichtet werden kann. Der Gemeinderat ist unter Beachtung der Subsidiarität jederzeit bereit, den Kanton nach Möglichkeit in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Bern, 14. Januar 2009

Interpellantin *Ursula Marti* (SP): Die Antwort des Gemeinderats zeigt, dass er Verständnis hat für die Situation und sich um Lösungen bemüht. Dafür danken wir ihm. Wir sind in diesem Sinn zufrieden mit der Antwort, aber wir sind nicht zufrieden mit der Situation. Die unterirdischen Zivilschutzanlagen sind absolut ungeeignet und unzulänglich für die Unterbringung von Asylsuchenden. Wir fordern den Gemeinderat auf, so schnell als möglich geeignete oberirdische Räumlichkeiten zu finden und dem Kanton zur Verfügung zu stellen und ihn aufzufordern, möglichst rasch wieder reguläre Asylunterkünfte zu schaffen, in der Stadt Bern, aber auch in den anderen Gemeinden.

Beschluss

Die Interpellantin Fraktion SP/JUSO ist mit der Antwort zufrieden.

Der Stadtrat hat alle Traktanden zu Ende beraten.

Eingänge

Es werden fünf Interpellationen eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet, nämlich:

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Verselbständigung und Selbstherrlichkeit von StaBe?

Stadtbauten Bern (StaBe) wurde aus finanz- bzw. abschreibungstechnischen Gründen aus der Stadtverwaltung ausgelagert. Sie ist auf dem freien Markt keiner Konkurrenz ausgesetzt und bewirtschaftet städtische Immobilien und Anlagen. Trotz der Auslagerung ist es unbestritten, dass die Autonomie von StaBe eingeschränkt bleiben muss. Sie gehört auch als ausgelagerte Institution der Stadt Bern und funktioniert im Dienste der städtischen Verwaltung. Es geht nicht an, dass StaBe in Selbstherrlichkeit verfällt.

Nun, die Pannen bei StaBe vermehren sich und der Gemeinderat schaut zu. Das letzte Beispiel dafür ist das Stadion Neufeld: Gemäss vorhandenen Informationen gab es Bestrebungen für eine Übernahme der Sportanlage Neufeld durch das Sportamt. Eigentlich war vorgesehen, dass StaBe nach den Verhandlungen das Stadion Neufeld in ihr Portfolio aufnehmen und das Sportamt mit dem Betrieb der Anlage beauftragen sollte. Es kam anders. StaBe führte geheime Verhandlungen und fädelte einen Vertrag ein, in dem SdS AG als Pächter des Stadion Neufeld vorgesehen war (u.a. der Bund vom 10.12.2008).

Mit Erstaunen und Bedauern müssen wir feststellen, dass auch der Gemeinderat nicht über diese „monatelangen vertraulichen Verhandlungen“ informiert wurde, obwohl zwei Gemeinderätinnen im Verwaltungsrat von StaBe sitzen. Unsere Kritik richtet sich nicht an BSC YB oder SdS AG, die sich logischerweise für ihre Interessen einsetzen. Es ist indes inakzeptabel, dass StaBe sich verselbständigt und eine Autonomie beansprucht, die weit über die Interessen der städtischen Verwaltung, in diesem Fall des Sportamtes, hinausreichen. Wir haben grosse Bedenken, ob der Stadt Bern gedient ist, wenn StaBe weiterhin ausgelagert bleibt.

Deshalb bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer entscheidet in strategischen Fragen, wie in oben erwähntem Fall betreffend Neufeld? Welche unterschiedlichen Rollen haben der Gemeinderat, der Verwaltungsrat von StaBe bzw. die Geschäftsleitung von StaBe bei strategischen Entscheidungen?
2. Wann und wie hat der Gemeinderat von den Verhandlungen und dem Verpachtungsvertrag mit SdS AG in Sache Stadion Neufeld erfahren und wie lautet sein Entscheid diesbezüglich?
3. Kommt der Pachtvertrag mit der SdS AG betreffend des Betriebs Stadion Neufeld zum Abschluss und wenn ja, wie begründet dies der Gemeinderat?
4. Wird der Breitensport und die gesamtstädtische Sicht der Bewirtschaftung, wie ihn das Sportamt fördert respektive praktiziert, durch den Vertrag beeinträchtigt?
5. Welche Restkosten und langfristigen Folgekosten bedeutet der Pachtvertrag für die Stadt Bern?

Die Begründung der Dringlichkeit:

Da der erwähnte Vertrag zwischen StaBe und SdS AG demnächst unterzeichnet werden soll, ist es wichtig, dass die Stadtbevölkerung informiert ist, bevor der Vertrag zustande kommt.

Bern, 15. Januar 2009

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Christine Anliker-Mansour, Natalie Imboden, Aline Trede, Emine Sariaslan, Christine Michel, Lea Bill, Stéphanie Penher

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrates abgelehnt.

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Welche Empfehlungen gab die Regierungsstatthalterin der Kantonspolizei?

Letztes Jahr wurde am 19.01.2008 in Bern erneut gegen das WEF und die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die Bevölkerung demonstriert. Leider wurde die Demobewilligung für diese Kundgebung mit einem überstürzten und nicht nachvollziehbaren Entscheid des Gemeinderats sowie der Kantonspolizei Bern zurückgezogen. Als Folge davon nahm die Polizei präventiv insgesamt 242 Menschen in der Innenstadt fest, die ersten bereits ab 10 Uhr. Am 26.01.2008 fand dann eine bewilligte Demo zum gleichen Thema statt.

Die Berner Regierungsstatthalterin Regula Mader wurde eingeladen, sich vor Ort ein Bild zu machen über die Umstände, unter welchen die betroffenen Personen festgehalten wurden. Sie erstattete ausführlich Bericht über ihre Beobachtungen und gab eine ganze Reihe von Empfehlungen ab.

Bereits 2005 gab es während der Anti-WEF-Demo unverhältnismässige Festnahmen. Damals hatte die BAK eine ausführliche Untersuchung durchgeführt und Empfehlungen zuhanden der Polizei verabschiedet. Die Festnahmen während der Anti-WEF-Demo 2008 haben die Fraktion GB/JA! erneut dazu veranlasst, über die BAK eine Abklärung zu bewirken. Die BAK ist diesem Antrag gefolgt und hat festgestellt, dass die Empfehlungen von 2005, die damals noch an die Stadtpolizei Bern gerichtet waren, nicht oder nur teilweise bzw. ungenügend berücksichtigt worden sind.

Die Menschenrechtsorganisationen grundrechte.ch und augenauf bern haben Anfangs 2008 bei der Oberaufsichtskommission (OAK) des Grossrates eine Beschwerde eingereicht und eine Untersuchung der Vorkommnisse während der Anti-WEF-Demo 2008 verlangt.

In einer Medienmitteilung (MM) vom 16.12.2008 behauptet nun die OAK, dass das Vorgehen von Police Bern nachvollziehbar sei. In dieser MM wird weiter gesagt, dass die Regierungsstatthalterin zusätzlich zum oben erwähnten Bericht auch 26 Empfehlungen zuhanden der Kantonspolizei abgegeben habe, die aber bisher im Detail der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Hierzu ist festzuhalten, dass sowohl im Kanton Bern wie auch in der ganzen Schweiz seit einigen Jahren das Prinzip der Öffentlichkeit gilt. Es ist nicht einzusehen, weshalb dieses für die Demokratie enorm wichtige Prinzip ausgerechnet hier nicht zur Anwendung kommen soll. Zudem sind es Empfehlungen, die direkte Auswirkung auf polizeiliches Handeln in der Stadt Bern haben, es also nicht in der alleinigen Zuständigkeit und Verantwortung kantonaler Behörden (Polizei & Politik) liegen kann, wie damit umgegangen wird. Gemäss OAK bestünde für sechs der Empfehlungen derzeit keine rechtlichen Grundlagen, während die Kantonspolizei bereit sei, 16 der Empfehlungen ganz oder teilweise zu berücksichtigen, eine Empfehlung anzuerkennen. Offensichtlich zirkuliert der Katalog bereits inoffiziell in gewissen Medienkreisen und hat Gerüchte oder Spekulationen in Gang gesetzt.

Im Sinne von Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger bzw. für künftige ähnliche Situationen bei Kundgebungen in der Stadt Bern sowie zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurde der Gemeinderat, im speziellen die Direktion SUE von der OAK konsultiert oder über die Abklärungen informiert?
2. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht, dass die unterschiedlichen Stellungnahmen von BAK und OAK problematisch sind? Wie will er hier künftig Einfluss nehmen auf polizeiliches Handeln?

3. Wie lauten die 26 Empfehlungen der Regierungsstatthalterin an die Kantonspolizei und für welche 6 Empfehlungen gibt es keine rechtlichen Grundlagen?
4. Welches sind die 16 Empfehlungen, die die Kantonspolizei ganz oder teilweise berücksichtigen will, welche Empfehlung wird von ihr anerkannt, kann aber offenbar ressourcenbedingt nicht vollständig umgesetzt werden? Welchen Einfluss will der Gemeinderat ausüben, um alle oder einzelne der Empfehlungen in die Tat umzusetzen?
5. Welche Empfehlung richtet sich nicht an die Polizei und für welche zwei Punkte liegen Ermessensbeurteilungen (welcher Art) vor?

Bern, 15. Januar 2009

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Natalie Imboden, Christine Anliker-Mansour, Aline Trede, Emine Sariaslan, Christine Michel, Lea Bill, Stéphanie Penher

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Keine privaten Sicherheitsdienste für die „öffentliche Ordnung“

Wie die Zeitung „Der Bund“ vom 15. Dezember 2008 berichtet, engagierte die Interessengemeinschaft Aarbergergasse (IGA) im Oktober vergangenen Jahres versuchsweise und auf eigene Kosten eine Patrouille der Protectas, die „für Ruhe und Ordnung in der Strasse“ zu sorgen hatte.

„Sicherheit“ ist eine staatliche Kernaufgabe, das staatliche Gewaltmonopol ein Wesensmerkmal jedes modernen Staates. Zu diesem Schluss kommt der Rechtsprofessor Walter Kälin in einem Gutachten, welches er für den Verband der Schweizerischen Polizeibeamten (VSPB) im Jahr 2006 erstellt hat (Kälin, Walter/Lienhard, Andreas/Wyttenbach, Judith: Auslagerung von Sicherheitspolizeilichen Aufgaben auf private Sicherheitsunternehmen in der Schweiz, Basel 2007). Der Auslagerung von polizeilichen Aufgaben an private Sicherheitsfirmen seien enge Grenzen gesetzt, so Kälin. Unzulässig sei die Übertragung solcher Aufgaben auf Private, wenn die Aufgabenerfüllung mit der Anwendung von Zwang verbunden sei, so zum Beispiel Personenkontrollen, Anhalten von Personen oder erkennungsdienstliche Massnahmen. Heikel sei die Auslagerung grundsätzlich bereits dann, wenn bei der Aufgabenerfüllung Ermessensentscheide getroffen werden müssen.

Die IGA hat die Protectas-Patrouille mit der Aufgabe betraut, an der Aarbergergasse „für Ruhe zu sorgen“. Nun plant Berncity einen flächendeckenden Einsatz der privaten Sicherheitskräfte für die Innenstadt und fragt bei der Stadt nach finanzieller Unterstützung.

Die Anliegen der Gewerbetreibenden sind ernst zu nehmen. Mit der Kantonalisierung der Polizei hat der Kanton mit einem Vertrag die Verantwortung die Gewährleistung der Sicherheit in der Stadt Bern. Es erstaunt, dass städtische Gewerbetreibende die Privatsicherheitsdienste der Polizei resp. der Arbeit von Pinto vorziehen. Das Vorgehen der Protectas-Patrouillen entspricht weitestgehend den Aufgaben von Pinto entspricht, welches in erster Linie auf Wunsch und Antrag der GeschäftsbesitzerInnen in der Innenstadt ins Leben gerufen worden ist. Deshalb bleiben in diesem Zusammenhang auch offene Fragen, warum nicht Pinto diese Rolle übernehmen soll.

Die Fraktion GB/JA! stellt dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. War der Gemeinderat über den Versuch, eine Patrouille eines privaten Sicherheitsdienstes in der Aarbergergasse einzusetzen, vorgängig informiert resp. stand der Gemeinderat diesbezüglich in Kontakt mit der Interessengemeinschaft Aarbergergasse und wenn ja, wie hat er sich dazu verhalten/geäussert?
2. Gab es während dieser Testphase eine Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den privaten Sicherheitskräften der Firma Protectas und den Mitarbeitenden von Pinto? Wenn ja in welcher Form? Hat der Gemeinderat Kenntnis von der Auswertung des Versuchs?.

- Wenn ja, was waren die Ergebnisse (wie viele Anhaltungen, Kontrollen, um wie viele Personen handelte es sich, wie oft musste die Polizei beigezogen werden)?
3. Ist der Berner Gemeinderat nicht auch der Ansicht, dass mit Patrouillen von privaten Sicherheitsfirmen auf öffentlichem Grund das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt wird? Wenn nein, warum nicht.
 4. Wie definiert der Gemeinderat den öffentlichen Raum/Grund im Zusammenhang mit solchen privaten Kontrollaufträgen – wo fängt der öffentliche Raum an und wo hört er auf und wo gibt es Überschneidungen? Unter welche Kategorie fallen z.B. Lauben, Passagen oder Vorplätze? Wurden die Geschäfte und privaten Sicherheitsdienste informiert darüber, wo es sich im öffentlichen bzw. privaten Raum handelt? Wenn nein, was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um in dieser Hinsicht Klarheit zu schaffen? Ist er bereit, dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten?
 5. Wurde PINTO in irgendeiner Form einbezogen? Wenn ja in welcher, wenn nein, weshalb nicht? Wie ist die Einschätzung der PINTO-Mitarbeitenden bezügl. des Aarberggasse-Pilotprojekts und allfälliger Ausweitung privater Kontrollen im (halb)öffentlichen Raum? Kann nicht PINTO diese Aufgabe zur Zufriedenstellung der IGA und Privaten wie auch der Stadt wahrnehmen? Braucht es allenfalls eine Anpassung des Auftrags und der Pflichtenhefte bei PINTO?
 6. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, den Anliegen von Berncity gerecht zu werden, zugleich aber sicherzustellen, dass für Kontrollen im öffentlichen Raum nur die Polizei zuständig bleibt?

Bern, 15. Januar 2009

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Natalie Imboden, Christine Anliker-Mansour, Aline Trede, Emine Sariaslan, Christine Michel, Lea Bill, Stéphanie Penher

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold, SP): Winter in Bern – harte Zeiten für FussgängerInnen und Velofahrende

Für einmal ist so richtig Winter – auch in Bern; die Landschaft ist verschneit und die Temperaturen liegen längere Zeit unter dem Gefrierpunkt. Dies freut viele Menschen, insbesondere die Kinder. Unangenehm und sogar gefährlich ist es für FussgängerInnen und Velofahrende. Während die Hauptachsen rasch von Schnee und Eis befreit wurden, bleibt die Situation für den Langsamverkehr problematisch, gefährlich und zum Teil lebensbedrohlich.

Die Trottoirs sind vereist und die Velostreifen nicht oder ungenügend von Schnee und Eis befreit. Leute die sich nur mit grösster Mühe bewegen können, gehören zum täglichen Bild. Ältere Menschen und solche, welche in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, können sich wegen der fehlenden Reinigung nicht oder kaum mehr fortbewegen. Wegen der fehlenden Schnee- und Eisbeseitigung verzichten viele auf die Benutzung des Velos. Es stellt sich die Frage, ob die Stadt Bern die Fussgängerinnen und Velofahrenden beim Wintersdienst vergessen hat. Nach etlichen Tagen werden zwar Trottoirs und Radstreifen mühsam von Eis und Schnee befreit, oft aber systematisch ganze Strassenzüge anstelle der Beseitigung neuralgischer und besonders gefährlicher Stellen.

Wir möchten vom Gemeinderat wissen:

1. Warum wurden und werden die Verkehrswege für den Langsamverkehr während längerer Zeit nicht oder nur ungenügend von Schnee und Eis befreit?
2. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass bei der Reinigung der Hauptverkehrswege die weggeräumten Schneemassen oft auf dem Radstreifen oder dem Trottoir landen und damit die Situation noch verschlechtert?

3. Wie viele Personalstunden wurden aufgewendet für a) die Reinigung von Strassen/öV, b) für Trottoirs und c) für Radwege und Radstreifen?
4. Welche Kosten verursachte die Reinigung gemäss Frage 3 für die drei Bereiche: a) Strassen/öV, b) Trottoirs und c) Velo?
5. Ist der Gemeinderat bereit, die für den Winterdienst zuständigen Stadtangestellten für die Problematik zu sensibilisieren und in Zukunft den Winterdienst für alle Verkehrsteilnehmenden mit ähnlicher Priorität durchzuführen?

Bern, 15. Januar 2009

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Michael Aebbersold, SP), Stefan Jordi, Beni Hirt, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Ruedi Keller, Patrizia Mordini, Beat Zobrist, Rolf Schuler, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Rithy Chheng, Gisela Vollmer, Nicola von Greyerz

Interpellation Beat Gubser (EDU): Probleme mit der Schneeräumung

Schnee ist etwas Schönes, gerade um die Weihnachtszeit. Diesen Winter wurden wir durch besonders viel Schnee beglückt, was leider auch zu Problemen geführt hat. Der Winterdienst der Stadt Bern hatte trotz grossem und ausdauerndem Einsatz, teilweise Mühe den Schnee zu räumen. Er stiess an seine Kapazitätsgrenzen und an manchen Orten blieb der Schnee liegen. Nun wird es sicher nicht jedes Jahr soviel Schnee geben. Wir sollten uns aber trotzdem überlegen, wie der Winterdienst optimiert und flexibler organisiert werden kann. Dem Dokument „Zahlen und Fakten zum Winterdienst in der Stadt Bern“ (November 2007) konnte ich entnehmen, dass für den Winterdienst maximal 220 Mitarbeitende und über 100 Fahrzeuge und Maschinen, auch des privaten Transportgewerbes, eingesetzt werden.

Ich stelle dem Gemeinderat in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Genügen maximal 220 Mitarbeiter?
2. Wie viele der 220 Mitarbeiter sind städtische Angestellte (intern) und wie viele sind Angestellte von Privatfirmen?
3. Könnten kurzfristige Engpässe durch stärkere Zusammenarbeit mit Privaten, nach Bedarf, besser gemeistert werden?
4. Welche Lehren zieht der Gemeinderat bezüglich Schneeräumung aus diesem Winter?
5. Sieht der Gemeinderat Handlungsbedarf?

Bern, 15. Januar 2009

Interpellation Beat Gubser (EDU), Thomas Weil, Peter Bernasconi, Peter Bühler, Edith Leiboldgut, Henri-Charles Beuchat, Manfred Blaser, Erich J. Hess

Schluss der Sitzung: 18.15 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Ueli Haudenschild*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*